

Honnenspreis für die laufende Woche
550 Milliarden Mark.
Einzelpreis
100 Milliarden Mark.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, die Postträger, sowie alle Postanstalten entgegen. — Im Falle höherer Gewalt oder Streiks besteht kein Anrecht auf Nachlieferung od. Bezugspreis-erstattung.

Wohn-Blatt

nebst Amtlichem Kreisblatt für den Unterlahnkreis.
Amtl. Bekanntmachungsblatt für den Magistrat und die Polizeiverwaltung der Stadt Bad Ems

Anzeigenpreise: 2000 Mark für 1000 Exemplare, 1000 Mark für 500 Exemplare, 500 Mark für 250 Exemplare, 250 Mark für 100 Exemplare, 100 Mark für 50 Exemplare, 50 Mark für 25 Exemplare, 25 Mark für 10 Exemplare, 10 Mark für 5 Exemplare, 5 Mark für 2 Exemplare, 2 Mark für 1 Exemplar. — Druck u. Verlag: J. Chr. Sommer, Bad Ems, Ind.: J. Karrer, Kellerei, Geschäftsstelle: Kellerei, 55, Kellerei 7, Schriftleitung: J. A. Hirsch, Tel.-Nr.: 2410. Bankkonten: Kass. 1000, Postk. 1000, Bad Ems, Postfach. Nr. 10618

Winter 36

Bad Ems, Montag den 11. Februar 1924

2. Jahrgang

Börsenspekulationen und Marktkurs.

Die englische Presse zur russischen Antwortnote.

Noch nicht Parteien genug!

Wirtschaftliche Wochenübersicht

Seit einigen Tagen ziehen die Kurse an der Börse an. Die Marktsituation hängt wesentlich damit zusammen, daß die Aktien-Gesellschaften herausgehen müssen, ihren ganzen Vermögensbestand in Goldwerte umzurechnen und die Aktien ebenfalls auf die Basis der Goldrechnung zu stellen. Man ist offenbar in den Kreisen der Spekulation davon überzeugt, daß sich im Verlaufe dieser Transaktion gute Geschäfte machen lassen. Die meisten der Aktiengesellschaften haben im Laufe der hinter uns liegenden Entwurfsperiode fast ihren gesamten Bestand an Kapitalgebern und Maschinen abgeben können. Sie stehen also buchstäblich zweifellos nicht unglücklich da, und können nach Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mit einer sehr starken Markterholung ihres Aktienkurses rechnen. Das kann natürlich unter Umständen eine Spekulation auf sehr lange Sicht sein. Sie ist aber dafür auch ziemlich sicher und deshalb scheint die Spekulation sich entschlossen zu haben, jetzt zu kaufen.

Es kommt hinzu, daß mit der Umstellung der Bilanz auf die Goldbasis eine Zusammenlegung der stark vertriebenen Aktien Hand in Hand gehen soll. Dabei scheinen eine ganze Anzahl von Gesellschaften die Absicht zu haben, auf Ganze zu gehen und eine Zusammenlegung im großen Stille stattfinden zu lassen. Man spricht bei manchen von dem Verhältnis 1:500 und sogar 1:1000.

Bei einer solchen Zusammenlegung hätten natürlich die sogenannten Klein-Aktionäre, die während der Inflationszeit die erste Bekanntheit mit der Börse gemacht und ihre Papierbesitztümer in ein paar Aktien angelegt hatten, das Nachsehen. Aus ihrem ganzen Aktienbesitz würde sich nicht einmal eine ganze Aktie zusammenlegen lassen. Deshalb sind die Kleinaktionäre zum großen Teil schon dazu übergegangen, ihren Besitz abzugeben, und der glänzende Verkaufspreis, der dadurch bewirkt wird, scheint die Spekulation ebenfalls gerade jetzt zum Erwerb zu reizen.

Eine Regierungsverordnung hat durch diese Resolution jetzt einen ziemlich kräftigen Strich gemacht. Die Kleinaktionäre sind schon dazu übergegangen, Schenkungsgesellschaften innerhalb der einzelnen Aktiengesellschaften zu gründen. Es bleibt aber fraglich, ob auf diese Weise ein Erfolg für sie möglich ist. Deshalb ist es zweifellos gut, wenn die Regierung jetzt zugunsten der Kleinaktionäre eingreift. Es handelt sich hier doch fast ausschließlich um Angehörige der ganz kapitalistischen Kreise, die lediglich während der Zeit der Marktentwertung überschüssiges Papiergeld in Effektenbesitz angelegt haben, um einigermaßen die Entwertung auszugleichen. Der Umschlag, der durch die Stabilisierung der Mark eingetreten ist, trifft diese Kreise in sich schon ziemlich hart, da das Einkommen gerade hier sehr stark auf der Goldbasis zurückgegangen ist. Wollte man nun auch noch zulassen, daß gerade diese Kreise der Haupterschlag der Goldbilanzierung trifft, so wäre das zweifellos eine große Ungerechtigkeit. Deshalb kann man ganz damit einverstanden sein, daß durch eine Regierungsverordnung die Aktienzusammenlegung generell bis auf Einzelfälle verboten wird. Die Regierung gibt hier einer Anregung Folge, die von dem Verbot der Subventionen ausgeht, ist also auch ganz im Sinne der produzierenden Wirtschaft liegt.

Die Aufstellung der Bilanz in Gold erfordert auch ein keineswegs die Zusammenlegung der Aktien in den besten Fällen. Man kann die gleiche Aufgabe erreichen, wenn man Einzelfaktien mit geringem Goldwert schafft. Von der früher üblichen 1000 Mark-Aktie ist man schon dadurch abgegangen, daß die Regierung in der Verordnung über die Goldbilanzierung einen Mindestbetrag von 100 Goldmark pro Aktie festsetzte. Dieser Mindestbetrag wird aber noch erheblich herabgesetzt werden. Es heißt, daß man unter Umständen bis auf 20 Mark herabsetzen pro Aktie heruntergehen wird. Gewichtig ist dies, so beschränkt der Kleinaktionäre nicht zu fürchten, daß er bei der Umstellung der Aktien-Gesellschaften auf Goldrechnung mit seinem Aktienvermögen ausfällt, und gezwungen ist, zu einem Schenkungsverkauf zu verkaufen. Es gibt allerdings eine ganze Anzahl von Papieren, deren 1000 Mark-Aktie nicht einmal mit 20 Mark Goldwährung notiert.

Leider aber ist, wenn man die Mindestgrenze von 100 Mark für die Aktien noch erheblich herabsetzt, eine gewisse Gefahr doch geboten, daß der Kleinaktionäre seinen Besitz in die „Goldbesen“ weiten kann.

Die Blätter zu der Markterlöschung

Berlin, 9. Febr. Im Zusammenhang mit einer leichten Abschwächung der Mark an der Rheinwerter Börse und einigen anderen ausländischen Blättern, die sich auf irgendwelche Gerüchte über eine erste Krise der Rentenmark stützen, weisen die Blätter darauf hin, daß diese Meldungen, feinerlei wie immer gereizte Unterlegen haben. Die Tatsache der vermehrten Devisenunterlegungen an der Berliner Börse beschränkt die Rentenmark nicht im mindesten, denn selbst wenn dadurch die Heraushebung der Devisenkurse bedingt wäre, wäre dies höchstens das Verhältnis zwischen der Papier- und der Rentenmark verschieben.

Sämtliche Blätter führen die Abschöpfung der Rentenmark an einigen Auslandsbörsen auf ein Spekulationsmonder zurück, denen man aber deutscherseits in voller Nähe entgegensehen könne. Der „Weltanschauer“ weist darauf hin, daß ähnliche Versuche, die Mark zu stabilisieren, schon früher a. B. in Rotterdam gemacht worden seien, doch aber immer die Spekulationen dabei schwere Verluste erlitten haben.

Die „Germania“ betont, daß für den wahren Wert der Währung das Quantum des Geldumlaufs maßgebend sei. Welche dieses Quantum sei, aber werde gar geringfügig, dann sei der innere Wert der Währung gesichert. Jede valutarrische Versicherung könne binnen kurzen zugänglich gemacht werden, sobald der Spekulant der Währungsangabe. Laut Reichsbankausweis habe der deutsche Notenumlauf nicht etwa zusammen, sondern um 21 Trillionen Papiermark, also 21 Millionen Goldmark abgenommen. Eine Inflationsgefahr sei also in keiner Weise vorhanden.

Der „Wirtschaftler“ schreibt: Wie glänzend sich tatsächlich die Rentenmark entwickelt hat, wird man demnächst aus dem Rentenbankausweis vom 31. 1. 1924 erfahren; u. a. wird man erfahren, welchen überaus hohen Betrag seines Rentenmarkkredits das Reich an die Bank zurückzahlen konnte, und daß es dazu in der Lage war, weil die Steuererträge im Januar die Erwartungen übertrafen. Die erhöhten Devisenprüfungen an der Berliner Börse gehen, wie die Blätter betonen, nach verlässlichen Kontroll-Ergebnissen für durchweg auf Anforderungen der Leder- und Textilindustrie zurück, die damit die erfreuliche Tatsache ihres Wiederaufstehens darstellt.

Auf die dritte Steuererhöhung hat die Börse in den letzten Tagen überhaupt nicht mehr reagiert. Offenbar hat sie davon Wind bekommen, daß die Steuererhöhung nicht mehr sehr viel Aussicht hat, verwirklicht zu werden. Die Verordnung findet nicht nur im Reichstag, sondern auch im Kaiserlicher-Ausschuß einen so starken Widerspruch, daß die Regierung doch vielfach Bedenken zeigt, diese Verordnung in der kurzen Zeit bis zum 15. Februar noch auf ihre Spitze zu nehmen. Im Reichstag sagt man sich an den Finanzausgleich, zwischen Reich u. Ländern, im Kaiserlicher-Ausschuß an die Aufwärtstendenz. Man wird allerdings daran festhalten müssen, daß die Steuererhöhung nicht einfach im Erfolge beschleunigt kann, ohne daß etwas Gleichwertiges an ihre Stelle gesetzt wird. Das Reichsfinanzministerium stellt bei dieser Steuererhöhung auf 650 Goldmillionen neue Steuern. Diesen Betrag muß es haben, um den Etat balanzieren zu können. Der Vergleich des Etats aber ist der Grund- und Geheiß unserer ganzen Währungsstabilisierung. An diesem Ziele darf unter keinen Umständen gerüttelt werden.

Erklärungen Hylows

Moskau, 9. Febr. (Wolff). Der neugewählte Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Nikolow, erklärte einem Vertreter der Russischen Telegraph. Agentur, er sei jedes Jahre einer der nächsten Mitarbeiter Lenins, gewesen und auf Lenins Vorstoß zu seinem Stellvertreter im Rat der Volkskommissare, im Rat für Arbeit und Verteidigung ernannt worden. Seine Aufgabe und Aufgabe der Gesamtregierung sei die Fortführung der unter Lenins Leitung in Angriff genommenen Politik. Die einstimmigen Beschlüsse des Rätekongresses der Union, die die nächste Tätigkeit der Regierung bestimmten, erstreckten sich auf außenpolitischen Gebiete auf die Fortsetzung des Kampfes um den Frieden und die Festigung der internationalen Lage der Sowjet-Union. Die Anerkennung Sowjetrußlands durch

Die Presse zur russischen Antwort

London, 9. Febr. (Wolff). Die russische Antwort auf die britische Note über die Kartellierung Sowjetrußlands wird in der Presse eingehend besprochen. Die „Daily News“ schreibt: Die endgültige Erneuerung des Kartells zum Geschäftsträger mache es möglich, ohne weitere Fortschwendung zu verhandeln, und das erste, was getan werden müsse, sei, so rasch wie möglich den Boden für die Londoner Konferenz vorzubereiten. Dagegen erklärt die „Times“, die gesamte russische Note zeige die außerordentliche Schwierigkeit, irgendwelche Verhandlungen zwischen zwei vollkommen entgegengesetzten Seiten zu führen, und Hoffnungen auf einen Erfolg der vorausgesetzlichen Verhandlungen seien unangebracht. Ausland Wane nicht wieder hergestellt werden und der Handel mit ihm könne nicht wieder aufgenommen werden, bevor das bolschewistische System radikal abgeändert werde. Die „Daily Chronicle“ sieht die Propagandafrage für die einzig wirkliche Reizungsfläche zwischen den beiden Ländern an. Ihre internationalen Interessen liefen parallel, ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse und Erzeugnisse ergänzten einander und ließen gegenseitige Befriedigung zu. Die sei die Grundlage fruchtbarer Zusammenarbeit. Die „Daily Mail“ schreibt, der beste Weg, um Konflikte zu vermeiden, sei in Großbritannien wieder herzustellen, würde die Anerkennung der russischen Sache sowohl an die britische Regierung als auch an Privatpersonen sein. Bevor dies nicht geschehe, könne der Handel mit Ausland nicht wiederaufleben.

London, 9. Febr. (Wolff). Der „Times“ zufolge wird offiziell die Nachricht demittiert, daß der italienische Botschafter in London abberufen werden sollte.

Spaltung der Zentrumspartei

Eine Spaltung der Zentrumspartei ist dem am westlichen Ende stehenden Arbeiterlager des Zentrums dazu übergegangen, sich wegen der Haltung der zentrums-parteilichen Arbeiter in der Frage der Beilegung der Arbeiterfrage durch eine neue Parteigründung von der Mutterpartei loszuscheiden. Die neue Partei heiße Christlich-sozialer Volksbewegung. In diesen Orten, sein Mitglieder der Sozialdemokratischen Union des Zentrums zu der neuen Partei übergetreten, während in Düsseldorf bereits die Tagesregierung der neuen Partei organisiert sei. Bei den kommenden Wahlen werde die neue Partei eigene Kandidaten aufstellen.

England sei um so wertvoller, als sie einen der ersten Schritte der englischen Regierung darstelle, der als Ausdruck der Stimmung beider Kammern der englischen Vertreterversammlung gelten könne. In der Tat, die Anerkennung der russischen Sache durch eine ungenügenden Bekretens der englischen Regierung, neue Wege zur Herstellung freierlicher Beziehungen zwischen dem Völkern Europas und Asiens zu jagen.

Die Erkenntnis von der Stärke der Sowjetmacht im nächsten Jahr nach der Revolution sei genügend in das Bewußtsein der Europäer eingedrungen und dies auch die Grundlage für die erfolgreiche, sachliche Behandlung der gegenwärtigen Anträge, Auslandsbeziehungen zu Deutschland hätten sich nach dem Vertrag von Rapallo sehr erfolgreich entwickelt, und für beide Teile Nutzen gebracht. Sie würden, wie er hofft, auch weiterhin ebenso erfolgreich angebahnt und gefördert. Die allgemeinen Sympathien der Orientdölker für Sowjetrußland, so beispielsweise die Vollständigkeit des Namens Lenins im Orient seien das Ergebnis der Politik Lenins, der seine unermüdete Hilfe und wertvolle Sympathie für die Orientdölker im Kampfe um ihre nationale Erleichterung bewiesen habe. Die Wahrung des Nationalinteresses sei die verfassungsmäßige Garantie für die vollständige Wahrung der Interessen der ehemals im Inneren geschiedenen Völker.

Ein unpopuläres Gesetz sei die Hauptursache der Wideraufbau der Wirtschaft, und vor allem die Wiederherstellung des Warenverkehrs in Stadt und Land in seinem früheren Umfang. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und des landwirtschaftlichen Angebots würde die Kaufkraft der Bauernschaft steigern, was die Voraussetzung für den Wiederaufbau der Industrie sei. Die Finanzfragen würden von der Regierung mit der größten Sorgfalt geregelt. Das letzte Jahr habe hinsichtlich des Wiederaufbaus der Landwirtschaft mit inländischen Kräften und ohne auswärtige Teilnahme des ausländischen Kapitals ein überaus reichliches

les Tempo gezeigt. Die Erfüllung der Verpflichtungen in einigen europäischen Ländern wurde eine weitestgehende Heranzugung ausländischer Kapital in Form von Konventionen und Anleihen freigegeben, was dieses Tempo der Entwicklung noch beschleunigen werde. Hinsichtlich des Ausbaus der Wirtschaft und des Verkehrs in Stadt und Land, sei die wichtigste Frage des Tages sei. Nikolow hob hervor, daß u. a. durch die Lösung der Steuer-, Kredit-, Genossenschafts- und Agrarfragen den ärmeren Schichten der Bauernschaft geholfen werden müsse.

Politische Nachrichten Deutschland

Die Wahlverlage

Berlin, 9. Febr. Der Reichstag wird voraussichtlich im kommenden Mittwoh im Anschluß an den Donnerstag im Plenum über die Wahlverlage der Reichsregierung beschließen. Von den vorgesehenen 156 Wahlkreisen entfallen auf Ostpreußen 6 Wahlkreise, auf Berlin 10, auf die Provinz Brandenburg 7, auf die Provinz Pommern und Land Mecklenburg zusammen 7, auf Sachsen 11, auf die Provinz Sachsen und Thüringen 13, auf Schleswig-Holstein und Hamburg 7, auf Niederachsen (Hannover und Oldenburg) 12, auf Westfalen 12, auf die Provinz Hessen-Nassau und das Land Hessen zusammen 10, Rheinland Nord und Rheinland Süd je 9; die beiden bayerischen Wahlkreise verbunden zu halten zusammen 18, das Land Sachsen 12, Böhmen 7 und Baden 6 Wahlkreise.

Änderung des Reichswahlgesetzes genehmigt

Berlin, 9. Febr. Das Reichsabinett hat den Entwurf betreffend eine Änderung des Reichswahlgesetzes genehmigt.

Aus der demokratischen Partei

In einer Versammlung der Demokratischen Partei in Charlottenburg sprach gestern der demokratische Parteivorstand Reichsanwalt Dr. O. Kell über das Thema „Wahl und Volk“. Im Hinblick auf die Neuwahlen erklärte der Redner, daß er auch in den nächsten Regierungsjahren die Größe Reichsminister als einzige Regierungsmöglichkeit halte. Ein Regierungsblock mit Einschluß der Sozialdemokraten würde in Deutschland untragbare Zustände schaffen, aber ebenso unmöglich für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, wenn sie mit der Kammerpräsidenten, wie in Sachsen, an einem Stränge zögern.

Zur Dankfeier der thüringischen Regierung

Berlin, 9. Febr. In der Berliner Presse im Auszuge aus der Dankfeier der thüringischen Regierung, die sie an den Präsidenten des Landtages in Thüringen geleistet hat, enthalten. Hierin ist zu bemerken, daß in den angeführten Fällen der Militärbesetzung in Thüringen nur Schuldungen der Regierung eingezogen hat, weil er von den Thüringern um seine Hilfe gegen die Handlungen der thüringischen Regierung ausgegangen worden war. In allen diesen Fällen hat der Militärbesetzung vor sich aus Nichts entwickelt, sondern das ihm zugehörige Material der Reichsregierung überstellt.

Aus den Sachverständigen-Ausschüssen

Berlin, 9. Febr. Über die Arbeiten der Ausschüsse des Erlan. Sachverständigenkomitees ist heute folgendes zu berichten: Am 10.30 Uhr hat eine Besprechung des Ausschusses mit Staatssekretär Fischer und Ministerdirektor Pöhl vom Reichsfinanzministerium stattgefunden. Der Ausschuss hat sich um 11.30 Uhr zum Reichsfinanzministerium. Seit 11.30 Uhr verhandelt der Wahrgangsausdruck mit Dr. Schaaf. Die Eisenbahnverkehrsverhältnisse haben die Verrechnungen mit dem Reichsrechnungsbüro zu bewahren; gestern sind Haushalts- und Eisenbahnverhältnisse morgen werden Agrarfragen des Reichs- und Eisenbahnverkehrs besprochen. Heute nachmittag sollen Delegationenfragen behandelt werden. Auch am morgigen Sonntag finden Verhandlungen statt. Die Fragen des Lokomotiv- und Wagnersachen betreffen. Für Montag sind Personal- und Vertriebsfragen vorgesehen.

Der Hitlerprozess vorüber

München, 9. Febr. Da der Verhandlungstermin im Volksgericht für den Hitlerprozess zu nicht 14. wird der Prozess in den Kammern der ehemaligen Reichsjustiz an der Planungstraße stattfinden. Der

den Wünschen der Beteiligten an genau zusammen zu fassen und nach zu treffenden Vorrichtungen für den Prozeß wurde der Verhandlungstermin auf den 28. Februar verschoben.

Einleitung der Grundrentenbeiträge.

Berlin, 9. Febr. Wie die Nationalliberalen Korrespondenz von zutreffender Stelle erfährt, hat der preussische Finanzminister von Richter die Finanzämter angewiesen, die Grundrentenbeiträge in Höhe der ermäßigten Beihilfe der Novelle zum Grundrentengesetz einzuziehen und die darüber hinausgehenden Beiträge der alten Höhe zu funden, bis das Schicksal der Grundsteuer in Preußen endgültig entschieden ist.

Um die Grundmiete.

Frankfurt a. M., 9. Febr. Die Verordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Januar 1924 legt den Betriebskostenzuschlag auf 15 Prozent der Grundmiete fest. Da dieser Koeffizient zur Deckung der Betriebskosten für Frankfurt a. M. nicht ausreicht, ist die Handelskammer Frankfurt a. M. Hanau der Ansicht, daß die Verordnung im Widerspruch zu der bindenden Vorschrift des Reichsmietengesetzes steht, die dem Vermieter Ersatz für die Betriebskosten gewährleisten soll. Die genannte Handelskammer schlägt daher vor, zu dem bisherigen Verfahren zurückzukehren und die Festsetzung der Zuschläge den Gemeinden zu überlassen.

Der Rundfunk im Dienst der Presse.

Berlin, 9. Febr. Die vom Vormieters gebrauchte Nachricht, daß das Reichspostministerium beabsichtigt, rechtsgerichteten Zeitungen die Erlaubnis zur Einrichtung eigener Sendestationen für funktelephonische Nachrichtenübermittlung zu geben und ihnen auf diesem Gebiet ein Monopol zu verschaffen, entbehrt, wie uns von zutreffender Stelle mitgeteilt wird, jeder Grundlage. Das Reichspostministerium hat vielmehr jeden bisher eingegangenen Antrag auf Errichtung eigener Funkstationen sowohl von der Presse wie auch von anderen Stellen, zurückgewiesen, weil die Verपालung das Reichsrecht unter allen Umständen aufrechterhalten will. Natürlich hat die rasche Entwidlung des Rundfunks das Interesse der Presse nachgerufen, und es liegen augenblicklich eine Reihe von Anträgen von Interessenten verschiedener politischer Richtungen vor, darunter auch von Nachrichtenbüros und Zeitungen auf Übermittlung von Spezialfunkdiensten durch den Rundfunk. Bisher ist keiner dieser Anträge genehmigt, sondern lediglich im Reichspostministerium die wirtschaftliche und technische Seite des Problems geprüft worden, die die Abstellung „Fernreisen“ des Reichspostministeriums fast ausschließlich die Pflicht hat, immer neue Wege zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu suchen. Da die Benutzung des Rundfunks für Presseanträge das politische Gebiet berührt, werden derartige Anträge übrigens gar nicht vom Postministerium, sondern von den verantwortlichen Ministern entschieden. Das ist auch im Falle des im Herbst 1922 eingerichteten Wirtschaftsstandfunkens geschehen, bei dem die Telegraphenverwaltung lediglich das ausführende technische Organ ist.

Frankreich
Sitzung der Präsidenten der
französischen Handelskammern

Paris, 9. Febr. Die Präsidenten der französischen Handelskammern haben, entsprechend ihrem Versprechen vorhin in Anwesenheit des Handelsministers gefassten Beschlusses, am nachmittag bereits unter dem Vorsitz des Präsidenten der Handelskammer von Paris eine Sitzung abgehalten. Es wurden mehrere Resolutionen gefasst, die dem Handelsminister übermitteln worden sind. Unter anderem erklärte sich die Beurlaubung im Namen der Handelskammern angeschlossener Firmen bereit, die neuen Opfer auf sich zu nehmen, die den französischen Staatsbürgern durch das Verlassen Deutschlands und der Kampagne gegen den französischen Frank aufzuerlegt werden müßten. Sie verlangen jedoch von den

amintion Stellen eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten, eine energische Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, eine planmäßige Koordination der öffentlichen Betriebe und die sofortige Rückkehr zu einer Finanzpolitik, die das allmähliche Verschwinden der Inflation und eine regelmäßige Tilgung der öffentlichen Schulden gewährleistet, ferner die Anpassung des Gesetzes über den Wirtschaftsnutzen an die Erfordernisse der Produktion und schließlich eine Wirtschaftspolitik und Zollpolitik im Einklang mit den französischen Handelskammern, die den Industriebetrieben und den Kaufleuten die Gewähr stabiler Skalulationsgrundlagen gibt und ihnen gestattet, die französische Ausfuhr zu entwickeln.

Zur Entlastung der amerikanischen Besatzungskosten.

Paris, 9. Febr. Die Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Ratifikation des Abkommens betr. die Entlastung der amerikanischen Besatzungskosten vorseht, das am 26. Mai 1923 in Paris unterzeichnet worden ist.

England

Lloyd George bedauert das
Mißverständnis

London, 9. Febr. Blätternachrichten zufolge hat Lloyd George heute dem Foreign Office die Wilson-Lemencore-Dokumente zurückschickt, die er mit einem Schreiben begleitete, in dem er sein Bedauern über das Mißverständnis ausdrückt.

Amerika

Zum Handelsvertrag mit Deutschland.

Paris, 9. Febr. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington ist die Verzögerung, die die Ratifikation des Handels-, Industrie- und Handelsverkehrsvertrages mit Deutschland erfährt, auf Einwendungen des Senats gegen die Aufnahme einer in anderen amerikanischen Handelsverträgen enthaltenen Bestimmung zurückzuführen, die es den Vereinigten Staaten unmöglich macht, die Zolltarife für solche Waren zu erniedrigen, die auf amerikanischen Schiffen eingeführt werden. Es würde nicht der Wunsch, Deutschland unterschiedlich zu behandeln, der Senat wünsche vielmehr die Vereinfachung aller Vereinbarungen mit ausländischen Mächten, die einer befristeten Begünstigung der amerikanischen Schifffahrt im Wege ständen.

Aus dem besetzten Gebiet

Die Festsetzung der Dienststunden für die
Sollämter.

Elberfeld, 9. Febr. Auf der Zollkontrollstelle Herdecke ist am 8. Februar folgendes Schreiben der Intelligenzollverwaltung des Rheinlandes, Bezirksdirektion Dortmund, eingegangen: Die Dienststunden für die Zollangestellten werden allgemein auf 8 bis 12 und 2 bis 6 Uhr (französische Zeit) festgesetzt. Die Abfertigung von Gütern erfolgt grundsätzlich nur während dieser Dienststunden. Zollamtliche Abfertigung außerhalb der Dienststunden muß bezahlt werden und wird von dem dienstleistenden Zollbeamten genehmigt. Die Stundenlöhne betragen 5 Franken für jeztende, 4 Franken für die übrigen Beamten bei Tage, nachts 7,50 Franken. Die Verordnung tritt am 11. Februar in Kraft.

Wie die Blätter aus Essen melden, haben heute in Düsseldorf die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Ruhrbezirks und der Weimarer über die Verlängerung der am 15. April ablaufenden Mietsverträge begonnen.

Mainz, 9. Febr. Das hiesige Kreisamt ist heute nach der Einsetzung der Wähler der pfälzischen Separatisten von der deutschen Polizei besetzt worden. Nach einer aus Paris aus durch Havas eingehenden Meldung war zweifellos vorher eine Verständigung mit den hiesigen Behörden erfolgt,

dem während die Separatisten auf der einen Seite, die als Gebilde verstanden, kehrten die folgenden Parteien auf der anderen Seite zurück.

Zum Schatz der Ausgewiesenen.

Berlin, 9. Febr. Die aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen deutschen Reichsangehörigen sind nach der ausdrücklichen Vorschrift des Reichsgesetz vom 24. Februar 1923 vor allen anderen Wohnungs-suchenden unterzubringen. Der Reichsarbeitsminister hat vor kurzem in einem Rundschreiben an die beteiligten Landesbehörden die Gemeinden auf diese Vorschrift erneut aufmerksam zu machen, dafür Sorge zu tragen, daß den Ausgewiesenen, vor allem auch bei der Rückkehr in ihren früheren Wohnort, mit größter Beschleunigung ein Unterkommen verschafft wird. Die bevorstehende Unterbringung der Ausgewiesenen, die im notendringlichen Interesse Nachteile auf sich genommen haben, ist eine besonders wichtige Pflicht der Gemeinden.

Nach Teiler von Separatisten frei.

Saarbrücken, 9. Febr. Nach einer Meldung der Saarbrücker Zeitung sind die Separatisten gestern aus Teiler abgezogen.

Verbot der Zuckerausfuhr.

Koblenz, 9. Febr. Der zolltarifliche Ausschluß der Rheinlandkammern hat die Zuckerausfuhr aller Art nach dem Ausland und dem unbesetzten Deutschland bis auf weiteres verboten.

Wirtschaftliches.
Nachveranlagung zur Einkommen-
steuer-Abschlußzahlung 1923.

Durch die zweite Steuernotverordnung werden die Finanzämter ermächtigt, die Abschlußzahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer vom 10. Jan. 1924 andersweitig festzusetzen, falls diese Abschlußzahlungen außer Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen stehen. Hierbei sollte zum erstenmal die neue Bestimmung Anwendung finden, daß auch der Verbrauch zu berücksichtigen ist. In dieser Vorschrift hat, wie uns vom Hanf-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie geschrieben wird, der Reichsfinanzminister am 3. Januar 1924 einen Erlaß herausgegeben, in dem er ausdrücklich darauf hinweist, daß diese Nachveranlagung nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden soll und keineswegs eine generelle Nachveranlagung damit gemeint ist. Der Erlaß bestimmt ferner, daß Erhöhungen der Abschlußzahlungen nicht vorgenommen werden sollen, wo Einnahme- und Betriebsausgaben 1923 fastgeblieben haben und von den §§ 33 a und 33 b kein Gebrauch gemacht worden ist. Ferner sollen die freien Beträge — Akte und Rechtsmittel — durchweg ausgeschieden. Die Nachveranlagung soll höchstens bis zu 1,20 Goldmark für 1000 Mark des Steuerfalls von 1922 bzw. 1921-22 unter Berücksichtigung der bereits geleisteten Abschlußzahlung gehen.

Trotzdem gehen die Finanzämter dazu über, den Steuerpflichtigen generell Bescheide zuzuschicken, wodurch die Abschlußzahlungen wesentlich erhöht werden, und zwar in der Regel bis auf den von Reichsfinanzminister festgesetzten Höchstbetrag von 1,20 Goldmark. Diese Bescheide gehen nicht nur den Vertretern der freien Berufe zu, sondern insbesondere denjenigen Firmen, die von den §§ 33 a und 33 b des Einkommensteuergesetzes Gebrauch gemacht haben.

Ohne Zweifel liegt hier eine völlige Verkennung des Sinnes der Steuernotverordnung und der Absicht des Reichsfinanzministers vor. Die Fälle, in denen von den §§ 33 a und 33 b Gebrauch gemacht worden ist, werden von Reichsfinanzminister in seinem Erlaß vom 3. Januar höchstens als besonders beachtenswert bezeichnet. Unter keinen Umständen darf aber in diesen Fällen die Nachveranlagung zu einer generellen Maßnahme führen, sondern es muß auch hier die Leistungsfähigkeit besonders berücksichtigt werden.

Die Veranlagung der Bescheide hat schon wegen ihrer Form zu beanstanden, da fast in keinem Falle angegeben wird, nach dem Finanzamt die Berechnung der Nachveranlagung führt. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs ist jede formelle Schätzung, die hier vorliegt, unzulässig. Der Hanf-Bund empfiehlt vor allem da, wo das Finanzamt die Begründung der Nachforderung nicht angibt gegen diese Bescheide einzuwenden und zunächst vom Finanzamt die ihm obliegende Beweislast für die Berechnung der Veranlagung nach Angabe der Besteuerungsmerkmale zu verlangen. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß bei Ablehnung der Bescheide eine weitere Beschwerde an den Reichsfinanzhof möglich ist. In einer Erkläre an den Reichsfinanzminister hat der Hanf-Bund auf diese Mißstände hingewiesen mit dem dringenden Ersuchen, die Finanzämter anzuweisen, die Veranlagung zur erhöhten Abschlußzahlung nur im Sinne der Notenverordnung und des Bundesratsbeschlusses vom 3. Januar 1924 durchzuführen. Gleichzeitig hat der Hanf-Bund gebeten, die Finanzämter zu ermächtigen, generell in den Fällen, in denen begründete Beschwerden gegen die Veranlagung zur erhöhten Abschlußzahlung eingeleitet wird, die angeforderten Beiträge bis zur Erhebung des Bescheides ebenfalls zuzugs- und zinsfrei zu funden.

Kohle. Entschärfung der Kohlenpreise mehr.

Berlin, 9. Febr. (Wolff.) Der Reichskohlenverband teilt mit: Verschiedene Tageszeitungen wählten in letzter Zeit die Nachricht, daß im Laufe des Februars mit einer weiteren Senkung der Kohlenpreise und vom 1. April an mit der Wiedereinführung der Vorleistungspreise zu rechnen sei. Diese Nachricht ist unzutreffend. Die Kohlenindustrie hat mit dem am 4. Februar eingetretenen Preis erniedrigung das, was sie nach Lage der Verhältnisse tun konnte. Die Urheber der unzutreffenden Nachrichten sollen sich vor Augen halten, daß durch ihr Vorgehen das Gegenteil von dem erreicht wird, was sie bezwecken. Die wichtigsten Nachrichten rufen Störungen auf dem Kohlenmarkt hervor und verschlechtern hierdurch die Lage der Kohlenindustrie und machen sie unter Umständen sogar unfähig, mit der bisherigen Preisen durchzukommen.

Börse und Hanf.

Berlin, 9. Febr. (Wolff.) Wollensbericht. Bei der Festsetzung der heutigen Wollpreise lagen erneut fremdländische Kaufaufträge vor, obwohl von den Banken die Kündigung darauf ausdrücklich gemacht worden ist, daß nach bestehenden Vorschriften Wollkäufe nur gegen vorhandene Garantien erfolgen dürfen. Die Reichsbank mußte daher die gestrigen Zuteilungen aufrecht erhalten, brachte sie aber auch nicht weiter zu beschneiden. Die Wollpreise selbst weisen besondere Veränderungen nicht auf. Die Markierungen vom Auslande lauteten anfangs etwas schwächer, später aber wurden von London höhere Kurse gemeldet. Im freien Effektenverkehr war die Stimmung für oberflächliche Montanwerte etwas schwächer, für westdeutsche dagegen und für Rentenpapiere fester. Die Anträge waren aber unbedeutend.

Berlin, 9. Febr. (Wolff.) Produktionsbericht. Die geringen Zuteilungen am Wollmarkt haben an der Produktionsseite die auswärtigen Verkäufer bereits recht zurückhaltend und die Forderungen höher werden lassen. Die Tendenz war infolgedessen fest, zumal die Wollkäufe wieder verstärkter Nachfragen hatten und daher neuerdings für Weizen und Roggen etwas höhere Preise beizuliegen konnten. Welche war für Futterware zu den erheblichen Förderungen ruhiger, in gutem Deumaterial aber weiter gefragt und fest. Die Getreidepreise stellten sich gleichfalls etwas höher. Futtermittel lagen bei nach oben neigender Preisbildung ruhig.

Die Herweghs
Roman von Lieke et Dill.

Herr Goldenberg verachtete seinen Wohlstand nicht allein seiner Sackfabrik, er ließ auch Geld aus dem Bürger und Handwerker, die alle einen großen Respekt vor ihm hatten, denn er trieb seine Ansen unerbittlich am Verfallende ein. Er wählte in der ersten Steuerklasse Rheinaus, das große Geschäftshaus in der Stadtmitte und führte beständig Prozesse gegen die Stadtverwaltung.

Seine Sitten waren einfach. Er bewohnte nur drei kleine Hinterzimmer seines schönen Gebäudes, die vordere Räume dienten als Magazine und Büros. Man sah ihn auf der Straße meist in einem schlichten schwarzen Gehrock mit einem Schlyss von zweifelhafter Farbe, bisweilen auch in Pantoffeln. Gegen alle Anlässe von einem sprichwörtlichen Geißt bereit, calaisische dieser gab Wackerer dem schwarzen Gehrock ein Verbotnis und eine Stachli, der bei einem Mann wie Goldenberg um so mehr zu bewundern war, als er selbst nie Kinder gehabt hatte.

Er hatte den jungen Mann schon einige Male aus der Bedrängnis geholfen, bald mit größerem, bald mit kleiner Summe, da ihm Luz aus-einandersehende, daß wenn niemand seine Schulden bezahle, er gewißlich sein würde, sich mit einem der vorerfüllten Mittel, die der Fortschritt der Wissenschaft den Verantwortlichen von heute zur Verfügung stellt, seinem Leben ein Ziel zu setzen.

Goldenberg war genau von den Herweghschen Verwandten unterschieden, aber um diesen jungen Mann etwas abzuschlagen, mußte man zu gekochte Milch in den Wern haben. Luz hatte es ihm nun einmal angetan. Die Alte hatte den Unterschied

der beiden Brüder sofort erkannt, doch bei dem älteren gab die geborene Kollin, seine neue anspruchsvolle Mieterin, seinem Vertrauen wenigstens keinen Grund. Er übergab Ernst seine verzwickten Prozeßangelegenheiten, deren gewisse verzwickte Wissenschaften den jungen Anwalt gleich in die mechanischsten Verhältnisse der Stadt einwirkten.

Der Briefbote aber war der Gatte einer der vielen verlassenen Köhlerinnen der Generalin, und er hatte „Herrn Ernst“ nach aus jenen Tagen gekannt, als jener seine robuste Wimmermannsartig und er nämlich unter den Fenstern seiner Braut gelandete hatte. Ernst war stets mit höchstem Genuß an ihm vorübergegangen. Dieser ritterliche Gruß hatte ihm mehr Zutrauen erworben, als er ohnehin. Es sind schon erhellte Feindschaften zwischen Frauen entstanden um eines hochmütigen Grafen willen. Ernst Herwegh hatte die ganze Männerstraße einfach gegrißt, weil er diese Leute jeden Tag sah, und hatte damit aller Herzen gewonnen.

Die Angelegenheit des verdächtigen Briefboten wurde zuerst verhandelt, und es gelang Ernst, in einem warmen Widerspruch die Richter von der Schuldlosigkeit seines Klienten zu überzeugen. Der Staatsanwalt wurde überstimmt, der Briefbote freigesprochen und erhielt seine Anstellung wieder. Ernst hatte selbst zu diesem Zweck bei dem Postdirektor vorgeschrieben und hatte auch dort für seinen Klienten plädiert. Und an dem Tage des Freispruchs nahm er den dankbaren Briefboten mit in seine Wohnung und lud ihn zum Essen ein.

Erste machte zwar ein Mädchen, denn im Rheinland sind die Standesunterschiede nicht kleiner als in Pommern oder Posen, aber sie fügte sich, der Fall interessierte auch sie.

Der glückliche Briefbote dankte gerührt seinem Befreier und ließ mit ihm an „auf eine gute

Frucht“. Denn die mußte kommen bei einem Manne, der sich der armen Luise annahm.

„Es so was war ja noch mit“, sagte Fraulein Schmidt. Bald wußte es die ganze Stadt, und der belächelte Briefbote, der wieder Briefe in die Stadtmitte trug, verlor die Herweghs Erfolg überall. Die Eppenhauer unter Mitangehörigen sagten, er machte Ernst mehr zu schaffen. Sie sprach wie eine Feindschaft durch seine Anwesenheit, denn die neue Konkurrenzfähigkeit gähle nicht und hatte einen eigenen Bahnstopp, während die Winterkälte daran krankte, daß sie im Winter so kalt sei, daß sie im Winter so kalt sei, daß sie im Winter so kalt sei.

Eines Tages unterbreitete ihm sein Schwiegervater einen Vortrag. Kollin hatte sich seit zehn Jahren jeden Morgen beim Fein des Tageszeitels beratig über den immer tiefer sinkenden Kurs der Winterkälte Biegelöhnen aufgetragen, daß er „es soll heute“. Doktor Richter hatte ein Herzleiden bei ihm festgestellt, und das waren ihm die Ähren nicht wert. Er wollte „den ganzen Schwindel“ los sein und er schenkte Ernst die fünfzigtausend Mark Krankenhaus als Heilbrunn. Wogte der sehen, was er damit anging. Wenn er ihm nur ersprach, den Namen „Eppenhauer Biegel“ nicht mehr an seinem Tisch auszusprechen.

„Tapp, Handschlag, und einersandern, nicht wahr, Herr Schwiegervater?“ Ernst schlug ein. Von nun an war er Kapitalist und hatte ein Wort bei der Führung der Fabrik mitzureden. Die Fabelle seines Schwiegervaters führte ihn. „Hab ich nun nicht gehabt oder ihr?“ sagte Frau v. Herwegh des Sonnens, als sie den Vater transkribierte. Das „Ihr“ bezog sich auf Luise und Luz, die sich Kollins gegenüber immer noch feindselig verhielten und jeden Sonntag fragten, wie hoch eigentlich Ertes Wärgel ist, in deren Mitten Fraulein Schmidt einst geschmeigt

hate. Kollin hatte sich seit der Ausfuhr nicht mehr gefürcht. Mit diesen Ähren war seine Tochter abgefunden. Wenigstens so lange er lebte. Die gut Ordnung ließ sich ab und zu herbei, eine Hütchen-nung zu bezahlen und einen Oberplatz, aber „man konnte es doch nicht machen wie der König von“. Von Ernsts Einmachern konnte der Haushalt nicht befristet werden, und so lanierte Ertes beständig zwischen der schwachen Mutter und dem strengen Vater hin und her. Herr Kollin war, wenn es sich um Geldausgaben handelte, recht kinderlos und wurde groß. Er schob das Geld, das er auf Ertes Willen murend aus seinem eigenen Geldschrank hervorholte, mit einer Handbewegung über den Tisch. „Da hab ich was, ihr könnt ja nie genug kriegen.“ Ernst hatte keine Luz, sich dieser Behandlung nun zweiten Male auszuweichen. Ertes tröstete ihn damit, daß der Vater „immer so“ gewesen sei, daß ihre Mutter „nicht unwohl“ ihr Lebensden gekriegt hätte. „Wahr warum hat sie ihn denn genommen?“ sagte die Tochter hinzu.

Ertes hatte nicht den „ersten besten“ genommen. Sie hatte außer ihren Wäldheimer Professor drei Anträge aufgegeben, von einem Amtsrichter, einem Infanterieleutnant und einem Fortassessor. Aber der Amtsrichter hatte einen zu kurzen Hals, der Infanterieleutnant war zu blond und temperamental und der Professor altbacken. Die alte Frau Kollin hätte das nicht zugegeben. „Einen ewangelischen, in Gottes-namen, aber einen Abg-faltenden! Jesus Maria!“ Ertes hatte jedoch ihrer Schwägerin näher gekommen und — bekannt wurde man mit Luise nie —, erkannt sie, daß dieses Alles gar keine „Lebensliebe“ waren, auf die sie den Fernbänden gegenüber so stolz gewesen.

Aus Stadt und Land

Sab Eins, 11. Febr. Auszahlung der Kleinrentenrückzahlung am Dienstag, den 12., vorm. (Stadtamt, Zimmer 10).

Sab Eins, 11. Febr. Briefkastenbesuchverein (Vandervort). Am Dienstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung im Hotel Wiener Hof. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Sab Eins, 11. Febr. Auf Veranlassung des Herrn Kommissionsrats von Linow hat Herr Hofrat Dr. Hommesch in Lauenburg aus einer Sammlung für bedürftige Katholiken den Betrag von 800 Belg. Franken zum Besten des Heiligen Marienkrankenhauses gesendet.

Dienstag, 7. Febr. Unter Gemeindevorstand Philipp Müller hat sein Amt wieder niedergelegt. Bis zur Wahl eines anderen Redners vertritt Bürgermeister Döllinger neben seinem Amt auch das eines Gemeindevorstehers. Auch der frühere Bürgermeister Born verließ mehrere Jahre die Heimat. — Die Holzlieferung in anderen Bezirken ist beendet. Aus schwebend verbleibenden Größen haben nur einige oberhalb 1000 Kubikmeter zum Einzahlung, welche lange nicht für das Verbleibende der Gemeindeglieder genügt. Von einer vollständigen Verteilung wurde abgesehen und 43 Kubikmeter Buchenspland und Kirschholzung auf die 43 Haushaltungen der Gemeinde durch Verlosung verteilt. Als Preis wurden 25 Goldmark für die Kubikmeter festgesetzt.

Dienstag, 7. Febr. (Unschlischer Bettler.) Ein hiesiger Elmschneider bemerkte beim Holzgängen, wie ein handverehrter Junge mit Kuchlein auf dem Rücken in seine Hausstube trat. In des Winters Not sieht man ja öfter derartige Leute von Tür zu Tür gehen, um milde Gaben einzufahren; aber mit dem Jungen war auch ein ganzes Brot aus dem Küchenschrank verschwunden. Bettler dürfen sich nachher nicht wundern, wenn sie unfreundlich behandelt oder gar abgemeldet werden. Dabei muß der Unschlische mit dem Schälzigen leben.

Diez, 9. Febr. Der Haus- und Grundbesitzerverein für Diez und Umgegend trat gestern Freitag wieder einmal mit einer Versammlung in die Öffentlichkeit. Die Versammlung wies lieber einen schmeichelhaften Besuch auf. Der derzeitige Vorsitzende Herr Reichelt Karl Birenbach begrüßte die Anwesenden und erläuterte den Jahresbericht. Der Verein zählt zur Zeit 92 Mitglieder. Er legt nochmals Zweck und Ziel des Vereins dar, die für jeden Hausbesitzer von größtem Vorteil seien. Die Rechnungslegung des Kassierers ergab eine Einnahme von 2555, der eine Ausgabe von 1407 gegenüber steht. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der Herren: 1. Vorsitzender Karl Birenbach, 2. Vorsitzender Kreuling, Fremdenbesitzer, Kassierer B. Schmiemann, Schriftführer R. Finkler, Beisitzer Hanappel, Schneider und Hugo Schmidt. Der Anschlag an den Hausbesitzerverband wurde dem Vorstand anheim gestellt. Der Beitrag wurde auf 50 Pfg. den Monat vor Mitternacht festgelegt. Zur Stellungnahme der Grundbesitzervereine wurde dem Vorstand überlassen, beim Magistrat Forderung zu nehmen, um eine Herabsetzung zu erreichen. In der Stadt sind jetzt 14 Wohnungen frei gemeldet, dadurch ist die größte Wohnungsnot behoben. Die Verknappung bezüglich beim Magistrat den Antrag zu stellen, das Miet- und Wohnungsamt aufzulösen. Ueber den Punkt Verschiedenes wurde beschloffen, Anträge herzustellen zu lassen, damit jeder Hausbesitzer über den Zweck des Vereins aufgeklärt wird. In einer Versammlung, in der Herr Amtsratsrat a. D. Weh, Elmberg, einen Vortrag halten soll, wird demnächst eingeladen.

Diez, 11. Febr. Morgen Dienstag läuft im Modernen Theater der großangelegte und prächtige Film „Der fliegende Holländer“. Der Film ist nach dem berühmten Roman von Kapitan Marriot verfertigt und ist wirklich eine Sehenswürdigkeit, die keiner verpassen darf, besonders da er nur Dienstag zu sehen ist.

Holappel, 7. Febr. In voller Rüstigkeit feierte gestern Herr Schlossherr Herr Karl Best, Veteran von 1860 und 1870-71, seinen 80. Geburtstag. Im engen Kreise wurde diese Feier am Nachmittag festlich begangen. Der Männergesangsverein „Trochium“, dessen Ehrenmitglied der Jubilar ist, ließ es sich nicht nehmen, unterstützt durch den neu erkundenen Gesangsverein „Harmonie“, am Abend ein Ständchen zu bringen. Der Vorsitzende Herr Christ Best, übermittelte die herzlichsten Glück- und Segenswünsche, worauf das Geburtstagskind herzlich dankte. Die Gesangsbrüder der beiden Vereine versammelten sich im Lokale von Christ Knoll, wo bei fröhlichem Zusammensitzen noch manch schöne Stunden verbracht wurden.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Mainz, 8. Febr. (Kein Karneval in Mainz.) Das Polizeiamt weist durch die Presse auf die Not der Zeit hin, die in diesem Winter ganz besonders hart auf weite Kreise der Bevölkerung drückt und es zur selbstverständlichen Pflicht macht, alles Festhalten zu unterlassen. Es werden daher Genehmigungen für irgendwelche karnevalsche Veranstaltungen in diesem Jahre nicht erteilt werden, weder zu öffentlichen Veranstaltungen noch zu solchen in geschlossenen Gesellschaften. Auch ist jede Maskerade und jedes Festhaltenstreifen auf den Straßen (auch Werfen von Konfetti, Luftschlangen und dergl.) verboten.

Frankfurt a. M., 8. Febr. (Kampf um den Vorkreis.) Neben Köln hat Frankfurt die höchsten Vorkreise im Deutschen Reich. In beiden Städten kostet das Kilogramm Brot 0,33 Mark. Diesen Preis nimmt die Vorkreisverwaltung. Dagegen hat nun der Konsumverein einen Vorkreis unternehmen, indem er für den Vorkreispreis nur 40 Pfg. statt 48 wie die Vorkreis fordert. Außerdem stellt der Konsumverein noch eine zweite Vorkreis für 41 Pfg. her, die außerordentlich viel gekauft wird.

Frankfurt a. M., 8. Febr. (Schlechte Theaterkarten.) Von Eintrittskarten für das Opern- und Schauspielhaus hat in den letzten Tagen Aufkäufer hergezogen, die der Schwindler in der Nähe der Häuser an den Mann zu bringen suchte. Selbstverständlich sind die Käufer derartigen Karten betrogen, da sie wohl in den allermeisten Fällen auf den auf den Karten angegebenen Plätzen die rechtshändigen Plätze haben vorfinden.

Gingehand

Hypothekenaufwertung

Sab Eins, 8. Febr. 1924

Auf das Schreiben des Richterberns beim Reichsgericht hat der Reichs-Vollstreckungsamt geantwortet: Es würde zur Aufhebung der Rechtsordnung und zu einer unheilvollen Erschütterung des Staatsrechts führen, sollte ein Gericht für sich das Recht in Anspruch nehmen, ein verfassungsmäßig zustande gekommenes Gesetz nicht anzuwenden, weil es nach der Ansicht der Mehrheit seiner Mitglieder mit den allgemeinen Sittengesetzen nicht in Einklang stehe.

Wie steht es nun mit dem angeblich verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetz, wie der Herr Justizminister besonders betont, in welchem es auch heißt, daß der Bundesrat, welcher heute gar nicht mehr existiert, der Zeitpunkt bestimmt, zu welchem es außer Kraft tritt?

Es handelt sich doch um sogenannte Kriegsgesetze welche unter ganz anderen Verhältnissen, unter dem Druck des Krieges, mit vielen anderen Gesetzen am 4. August 1914 dem Reichstag vorgelegt und als Notgesetze ingesetzt ohne Beratung angenommen wurden. Daß diese Gesetze schon längst hätten aufgehoben werden müssen, geht aus den damals diesen Gesetzen beigefügten Denkschriften

begleit. Begründungen hervor. Es wird in einer Begründung „die Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit“ das Gesetz ist unbedenklich, weil es den Gläubiger in keiner Weise benachteiligt.

Wird nun nicht der Gläubiger um sein rechtmäßiges Einkommen und sein durch Sparsamkeit und Fleiß erworbenes Vermögen betrogen, wenn ihm seine rechtlichen Forderungen in unerlösten Papierförmeln gegahlt werden? Durch die Aufrechterhaltung dieser Notgesetze, welche sich jetzt, 6 Jahre nach Beendigung des Krieges in Betrachtung verhandelt haben, dürfte die Rechtsordnung und das Staatsgefüge durch die mehr erschlüßelt werden, als durch die wohl erdogen und begründete Ansicht eines, dürfte wohl heißen aller Bedachte, daß ein Teil dieser Notgesetze mit wirklich verfassungsmäßig, in normalen Zeiten zustande gekommenen und vom Reichstag durchbereinigten Gesetzen in Widerspruch stehen.

Einer Volksvertretung, die heute noch einem solchen Gesetze ihre Zustimmung erteilen würde, dürfte man wohl die Erstgeburtsgerechtigkeit abprechen, besonders wenn man erwägt, welches Unheil schon durch diese Gesetze herbeigeführt ist.

Die Folgen die durch Aufrechterhaltung dieser unglücklichen Notgesetze gezogen sind und noch werden, sind unübersehbar.

Viele fleißige Sparer, die es zu einem kleinen Vermögen gebracht hatten, sind bettelarm geworden und halb oder ganz verhungert, andere müssen finanziell unterhalten werden.

Viele wohlhabende Besitzer, die ihr Eigentum verkauft hatten, aber durch die vielen Besitzergreife verdrängt waren, ihren Erlös sofort durch Ankauf von Renten der Wertlosigkeit zu entziehen, oder es mit ihrem nationalen Gewissen nicht vereinbaren konnten, diesen zu kaufen, um dadurch zum Minus ihres Vaterlandes beizutragen, nagen jetzt am Hungertode.

Das Bauhandwerk, unser wichtigste Gewerbe, liegt darnieder und läßt sich nicht durch kleine Worte von Regierungskreisen beleben, weil keine Baugesetze resp. Hypothekengesetze zu beschaffen sind und das Vertrauen zu Hypotheken erschüttert ist; denn keine wird sobald wieder sein ob für vierwertiges Geld auf Hypotheken hergeben, um hernach in der Ungewissheit zu leben, ob er je sein Geld wiedererhält, oder von der Gnade der jeweiligen Regierung und Volksvertretung abhängig zu sein, wenn er für seinen Lebensabend gespart hat.

Sogar unsere Volksernährung wird gefährdet. Wohl haben viele Landwirte ein schuldenfreies Eigentum, aber durch die Wertlosigkeit unserer Papierwährsche haben sie jetzt kein genügendes Betriebskapital für eine intensive Wirtschaft und auf Hypothek, auch an erster Stelle, werden sie heute nichts erhalten.

Auch die Arbeitslosigkeit wird gefördert, weil notwendige Arbeiten wegen Geldmangel unterbleiben müssen, und auf Hypothek kein Geld flüssig zu machen ist, damit geht auch unser Nationalvermögen zurück.

Man fürchtete und redet jetzt fortwährend über Hypothekenaufwertung, was hat den Anschein, als ob man den Gläubiger gefügig, für den Verlust an Zinsen seit fast 4 Jahren und für die in Papierförmeln demselben bereits zurückgezählten Hypotheken, Vorteile zugehen wollte, aber weit gefehlt, in Wirklichkeit handelt es sich doch wohl um eine Herabsetzung der Hypothekenschuld und um eine gesetzliche Veranlassung. Man sollte doch immer das Kind beim rechten Namen nennen und erwidern, ob wir noch in einem Rechtsstaate leben.

B. S. A. Traub.

Bermischte Nachrichten

Waffenentlastung

München, 9. Febr. Wie die Münchner Zeitung meldet, hat in den Süddeutschen Ländern Kavallerie A. G. heute morgen tausend Gewehre anlassen

worben, weil sie als Ersatz für die entwerteten Munition, in und nach dem passiven Verfallung abgeben. Vor dem Zweck kam es auch der Entlastung zu Annehmlichkeiten, die von der Polizei aufgeführt wurden. Der Versuch, die Arbeiter der Dismore zu einem Sympathiestreik zu bewegen, mißlang.

Dresden, 7. Febr. Nach einem Gewitter gingen gestern und heute mäßig bei klarem Frost gemächliche Schneemassen nieder, die bereits mannigfache Verkehrsstörungen verursachten. Der Wasserstand der Elbe ist beträchtlich gesunken, doch besteht zurzeit noch keine Hochwasserfahrgefahr. Bestäuter Preiswäuger.

Der bestrafte Alkoholikler. Der hiesiger Standalprozeß, in dem William H. Anderson, der Vorsitzende und Führer der Anti-Alkohol-Liga in Kettowitz verurteilt war, hat mit einer schmachvollen Niederlage dieses Alkoholikers geendet. Das Gericht hielt Betrag und Verschuldung für erwiesen und schickte ihn für mehrere Jahre ins Gefängnis. Anderson war einer der eifrigsten Vorkämpfer der Antialkoholbewegung und hatte als solcher einen weitverbreiteten Ruf. Sein moralisches Ansehen war ungetrübt, bis im Herbst vorigen Jahres die ersten Anklagen in die Öffentlichkeit drangen. Anderson hat sich bestreut lassen und hat außerdem durch Fälschung von Bescheinigungen seinen Anteil an den gesammelten Propagandageldern nicht unbedeutlich erhöht. Die amerikanischen Antialkoholiker schätzten den Fall natürlich sehr hoch aus. Die erste Folge des Anderson-Prozesses war die Zurückziehung von 100 000 Dollars Jahresbetrag, den die Familie Rockefeller bis dahin gestiftet hatte. In der Verweigerung Rockefeller spielte ein gewisser „John S. King“, eine große Rolle, der dem Angeklagten angeblich aus Mitteln mit seinem geringen Jahresverdienst (10 000 Dollars) 20 000 Dollar gestiftet hatte. Dieser anonyme Wohlthäter hat im Lager der Antialkoholiker so viel Gerechtigkeit erweckt, daß man einen neuen Kontakt nach ihm geknüpft hat.

Die wertvollste Flugzeugfabrik. Sie wurde die Luft gegangen ist, ist am letzten Sonntag von Cropton, dem Londoner Flughafen, glücklich in Le Bourget, dem Pariser Flughafen, angefangen. Sie umfaßt ein paar hundert Pfund Pfund. Die Luftfahrtindustrie von London nach Paris ist schon keine Seltenheit mehr. Es hat sich längst herausgestellt, daß die Luftlinie für solche Zwecke die sicherste ist, die es gibt. Chemikalie und Umwelten sind niemals besser aufgehoben worden, als in der Luft. Diebstahl und Raubüberfälle sind vollkommen ausgeschlossen, während es bei der Beförderung auf dem Landwege eigentlich kein Mittel gibt, um sich dagegen wirksam zu schützen. Die einzige Gefahr besteht darin, daß das Flugzeug ins Wasser fällt und untergeht. Diese Gefahr ist aber in Prozenten ausgedrückt sehr gering und so erhöht es sich, daß die Beförderungsgelder im Falle einer Luftbeförderung nur halb so groß ist als bei einer Eisenbahn- oder Schiffbeförderung. Die Beförderung großer Pakettladungen von London nach Paris hängt mit den Beförderungskosten der Pariser Luftlinie zusammen. Man richtet sich in Paris auf einen bisher nie gesehenen Fremdenverkehr ein, der vornehmlich in erster Linie von amerikanischen und englischen Weltreisenden bestritten werden wird. Dazu kommt die Umwertung des Frankens, die in diesem Sommer zu ähnlichen Ausweitungsberechnungen in Paris führen wird, wie wir sie in Berlin und anderen deutschen Städten schon während der olympischen Spiele haben. Die Pariser Luftlinie richtet sich jetzt schon darauf ein und Fabrizieren ganz neue Verkehrsverbindungen in Moskau. Dazu wird in der Hauptstadt Paris ein neues Hauptverkehrsamt für Luftverkehr eingerichtet. Die neue Luftlinie wird am nächsten Sonntag von der Moser der Rhein vorgezogen wird, die Luftverkehrsverbindungen lassen sich dann überall anbringen an München, Wien, Prag, Frankfurt, Leipzig, Berlin usw. Daher die Massenentlastung von Plätzen.

Der Kuß der Pierrette

Schizze von S. Parinay-München.

Das war ein Wogen und Wellen von Licht und Klang und Düften, von Erscheinungen aus aller Herren Länder und den Reichen der Phantastie. Maskenball!

Ein schlanker schwarzer Pierrot stand zur Seite und schaute in das Treiben. Man sah sie ihn da, guckte ihn dort und eine vollgemachte Weißländerin schlug derb auf seine Schulter.

„Heda, traustiger Hanswurst, nimm die eine Gesellschaft!“

Er schüttelte sie ab.

„Dich nicht! Wäre Stilloschleier!“ brummte er unter seiner Halbmaske vor und ging auf eine weiße Pierrette zu, die allein, leicht und zierlich durch das Bewußt loofte. Sie trat antippend, fragte er: „Hohes Geschwister, was suchst du?“

„Gesellschaft, um zu tanzen, zu lachen und — zu vergessen!“ kam es ihm in Stiffeln zurück.

„Wie ich, ganz wie ich! Wie paßt zusammen!“

„Also laß uns tanzen!“ knurrte er.

Und sie tanzten. Dann tranken sie Champagner und gerieten allmählich auch ins Lachen. Sie tanzten und lachten atemerschütternd.

„Du fährst, wir finden prächtig, monach unser Ein stand! Was macht bei dir das Vergessen?“

„O, es geht! Ist ein Falcher wert, daß man sich um ihn grämt! Und du, schwarzer Bruder?“

drehte sich einem anreizenden Kokokohären zu und maßte mit ihm hant.

Aber sie fand sich bald wieder zu ihrem schwarzen Pierrot. „Bei dir ist mir wohl!“ zierpte sie. „Scheiß! Da ein Tag nichts!“

„Also auch du verdammt mich, welche Schwester? Und so leicht und schnell? Bah, was schadet's?“

Er hob das Schlegel und flieg an das ihre. „Es lebe der Tod! Morgen um diese Stunde hat er mich im Arm!“

Was ihrer Sammelaree blüht die Augen; sie sah sie keine Hand.

„Ah, so lebst du sie?“

„Ja, so lebst ich sie!“

„Nun, ich geliebe dir,“ sagte sie mit der dünnen Stimme und in der gleichen Art, die nach Scherz klang und aus gepreßten, gewählten Worten entflohen. Er erwiderte, ich geliebe dir, auch ich wollte vor Verzweiflung dem Tod entgegengehen. Aber da redete sie mich Stolz. Er soll nicht glauben, daß er mir so viel wert war, der Heuchler! Halt es wie ich, schwarzer Bruder! Reiß dich zusammen und laß heimlich das Herz bluten, bis es genug und erschöpft ist!“

Kopfschüttelnd meinte er: „Das ist dein Standpunkt! Verzeih ihm. Wie gefügt, du kannst verdammen — Ich bin verdammt. Verdamme dich, schreie und brennen und kimmern dich in Vikarien. Das lacht mich nicht. Mein Tod soll meine Fährte davor! Doch jetzt laß uns tanzen, welche Schwester! Wie wollen ja vergessen! Täglich sind die Stunden!“

Und sie tanzten, lachten und tranken und mischten in das geklimmte und auch wiederum hantelose Kauderwelsch der Maskenkomödie die heißen, sengenden Tropfen ihrer inneren Schmerzen.

Unehig überließ die Menge. Der Tanz wurde

wild, das Lachen und Schreien lauter, toller.

Eine Viertelstunde nach der Eull Eine Viertelstunde nach, dann stelen die Karren und die Heilmittel waren aus!

„Widerwärtig! bricht an! Welches Geschwister, schenke mir noch eine trutz, halb Stunde!“ hat der Pierrot rauh und heiser wie ein Dymand.

Sie nickte.

„Jetzt nicht hier, im Boden der Korchell Draußen im Park — der Wind! schreit!“ — da will ich noch einmal zu einem Menschen sprechen und mich mähnen an seinen Namen — denn mich fahrt, Schwester, laß — und du sollst mir einen Kuß geben, den leihen, den die schöne Welt, die so geäußerte Wesen trägt, für mich hat!“

„Es noch sein, du bringst mich auf Umwegen zu einem Wogen. Ich laßte dann ins Leben mit zusammengeknüpfen Zügen, und du...“

„Sch gehe in den Tod!“

Die Pierrette eilte ihm voraus in die Garderobe. Als sie sich in den Manteln gegenüberstanden, bat er ihre den Arm. Sie zuckte auf, zauderte, drehte sich, hängte sich dann aber doch ein und ging schweigend neben ihm.

Die Luft schlug ihren Lungen wie ein feister Quell entgegen.

Er begann zu reden von seinem Leben, seinen Hoffnungen und ihrer Zerstörung. An unversicherten Toren sprach er leise, ernst und gelassen. Seine Begleiterin war wortlos und zierpte nur manchmal einen Ton.

„Laß mich deine Stimme hören! Die leise, freundliche Melodien!“

Stimm verneinte er.

Im Augenblick wies er ihr den Revolver, der im Mantelkoffer lag.

Hüßig schaute sie zurück und packte den Arm, auf dem ihre Hand gelegen war.

„Ich mag nicht leben als Antreuer, der ich nicht bin. Ich will nicht leben als Verführer, da ich mich rein weiß. Ich kann nicht leben ohne ihre Liebe.“

Er lächelte, wie sie an seinem Arm glitt.

„Wie ich nicht zu haben! Und es ist nicht!“ sagte er mitleidlos. „Dort glimmen die Lichter eines Wagnersplatzes. Wie wollen uns trennen. Hab' Dank! Dem vergessen und wieder glücklich sein! Und den Kuß? Den letzten Frauenkuß, gibst du ihn mir?“

Sie hob sich, streckte ihr Gesicht ihm zu. Als er ihren Lippen nahe gekommen war, zog sie die Wange vom Gesicht. Der Mund beschämte es.

„Marial!“ rief er, verzerrt. „Marial! Du! Leb' wohl!“

Der Davonsitzende fühlte sich fest am Armele ge halten. „Herzmann,“ redete eine weiße Stimme, „ich habe dich jetzt erkannt am Bekleidungs deines Lebens. Du wollst ich fliehen, wie ich dich. Doch ich mit sprache: Gott oder das Schicksal oder des Herzens Stimme hat uns wieder zusammengeführt, und ich will das unbedingt zu nicht machen! Nein, nein, nein! Da, wo Tag und Zeug, Scheln und Fäulnis und jählicher Schimmer der mirren Wesen trieben, hab ich die Wahrheit gefunden! Man hat dich verändert bei mir! Ich lieh es ein! Und darum laß dich du nicht an das Wunder, das uns gewort den ist!“

„Du glaubst an mich, Marial?“

„Du glaubst an dich! Und du vergesse mich!“

Die deutschen Bauernvereine und das soziale Versicherungsweien

Auf der letzten Tagung der Vorstände der 27 deutschen Bauernvereine wurde auch die Frage der Arbeiterversicherung erörtert. Der Standpunkt des Bauernvereins kommt in nachfolgender Entschließung der Sitzung zum Ausdruck:

Die Erhaltung des sozialen Versicherungswesens erfordert eine Durchführung auf einfachsten Formen und Leistungen. Die Beibehaltung des dem hochentwickelten Wirtschaftsleben der Vorkriegszeit angepaßten sozialen Versicherungswesens in der heutigen verarmten Zeit hat bereits zu einem teilweisen Versfall geführt. In der gesamten Sozialversicherung ist möglichst Einheitlichkeit (generell Berücksichtigung gegen Arbeitsunfähigkeit) sowie berufliche Gliederung und Verwaltung anzustreben. Hinsichtlich der Unfallversicherung sind insbesondere die niedrigen Renten zu bestrafen, da diese mehr Unfällen beanspruchen als sie an Renten bringen. Hinsichtlich der Krankenversicherung wird insbesondere vom Bauernland Wiedererkrankung der 148 § gefordert, wonach von der Versicherungsspflicht auf Antrag des Arbeitgebers befreit wird, wer an den Arbeitgeber bei Erkrankung Rechtsanspruch auf eine Unterbringung hat die den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig ist.

Erwerbslosigkeit hat man im deutschen Bauernlande weder vor dem Kriege noch nach dem Kriege gekannt. Wir leben es daher ab, Beiträge zur Erwerbslosenversicherung zu zahlen, da diese lediglich für andere Berufsstände oder Fälligkeit von Beamtengehältern Verwendung finden können.

Die deutschen Bauernvereine und Steuerwerte

Die Vorstände der deutschen Bauernvereine beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung auch mit der Frage der Steuerwerte. Es wurde in dieser Frage einstimmig nachstehende Entschließung angenommen:

Die Festsetzung des Vermögenssteuerwertes, im besonderen des Verbleibenswertes, ist zumeist sowohl nach Grund wie nach Verbleibenswert nicht einheitlich erfolgt. Teile aus Unkenntnis, teils aus vaterländischem Empfinden, sind Einprüche unterblieben. Im allgemeinen ist in Süddeutschland und Westdeutschland die Veranlagung viel zu hoch gewesen. Weiter wurden in vielen Bezirken die bäuerlichen Besitzungen erheblich höher veranlagt als der Grundbesitz, was darauf zurückzuführen ist, daß man von dem Reinertrag der Besitzung das Arbeitseinkommen des Besitzers und seiner Familie nicht in Abzug brachte. In bayerischen Bezirken bis zu 100 Prozent und darüber über in der Regel mit Rücksicht auf die Arbeit des Besitzers und seiner Familienangehörigen von einem Reinertrag des Grundbesitzes keine Abzug sein. Erfahrungen gemäß haben die Familienmitglieder selbst bei gleichzeitiger Arbeitszeit nicht das Einkommen eines Fabrikarbeiters. Aus diesem Grunde fordern wir, daß der Ertragswert der bäuerlichen Besitzungen unter keinen Umständen gemessen an der Flächenberechnung, höher festgesetzt wird als

beim Großbetriebe der betreffenden Gegend. Die Berücksichtigung der bürgerlichen Abschlüsse sind in erster Verbindung mit Vertretern des Bauernlandes, die von der landwirtschaftlichen Organisation zu benennen sind, seitens der Finanzämter durchzuführen. Die beabsichtigten Ziele für die Berücksichtigung des Verbleibenswertes befestigen nicht die zwischen den einzelnen Ländern und Provinzen bestehenden Ungleichheiten. Die Berücksichtigungen wie auch Neuberechnungen müssen unbedingt den tatsächlichen gegenwärtigen Ertragswert mehr berücksichtigen. Die vorgeschriebenen Abschlüsse werden mit dem weiteren Versfall der Landwirtschaft unzulänglich.

Auswertung der Hypotheken Entschließung

des Hypotheken-Gläubiger-Schuldenverbandes Deutschlands:

Der Hypothekengläubiger-Schuldenverband für das Deutsche Reich hält die von der Reichsregierung in der dritten Steuerreformverordnung vorgesehene in der Regel nur zehnjährige Abwertung der Hypotheken und anderer Schuldforderungen für willkürlich und völlig unangebracht, für im höchsten Maße demoralisierend, für unzulässig und wirtschaftsschädlich; dem Reich, dem Vermögensgläubiger und der Verfassung widersprechend, sie würde das Kreditvermögen des Volkes erschüttern, das Vertrauen zur Regierung beschädigen und den Kredit Deutschlands im In- und Auslande noch mehr untergraben. Aus diesem Grunde erhebt der Hypothekengläubiger-Schuldenverband für das Deutsche Reich gegen die von der Regierung beschlossene Maßnahme entschiedensten Einspruch.

Eine Anzahl beliebiger Grundstücke ist im vollen Werte erhalten geblieben, jedoch kein Grund besteht, die daraus ruhenden Hypotheken bei ihrer Abwertung nicht zum vollen Werte zu begleichen. Es mag in gewissen Fällen zwar eine vorübergehende Verminderung der beliebigen Objekte, insbesondere durch die Inflationsschwäche und besondere Verwertung eingetreten sein, aber bei diesen Grundstücken ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie in den Wert zur Zeit der Beilegung wieder hineinwachsen, insbesondere nach Beseitigung der Inflationsschwäche. Es ist hinsichtlich und sozial unangebracht, den Hypothekengläubiger von der Teilnahme an diesem Wertungsgewinn auszuschließen.

Darum kann und darf jetzt weder eine schematische noch eine einseitige Abwertung zuzunehmen vorgenommen werden, sondern es ist der Verzicht von Gläubigern und Schuldnern für die Eigenart zu überlassen, sich über Verzinsung und Rückzahlung der Schuld zu einigen. Für den Fall, daß eine solche Einigung nicht zu erzielen ist, dürfte keine der Parteien einseitig gezwungen werden, die sofortige Beilegung des Hypothekenschuldenverhältnisses herbeizuführen. Deswegen halten wir nach wie vor den Entschluß eines Sperrgesetzes, und für Fälle, in denen eine Einigung nicht erfolgt, aber durch die besondere Lage des Gläubigers

oder des Schuldners geboten ist, die Entscheidung durch Ausgleichskammern für erforderlich.

Die von der Reichsregierung beabsichtigte Regelung würde nur eine beschleunigte, auch vom Reichsgericht verurteilte, Konfiskation des Eigentums der Hypothekengläubiger und anderer Forderungsberechtigten bedeuten, gegen die wir uns nach-mals mit allem Nachdruck wenden.

Der Hypothekengläubiger-Schuldenverband erwartet, daß sein Einspruch gegen eine schematische und unangenehme Behandlung der Gläubigerforderung berücksichtigt werde, damit die großen, hinter ihm stehenden Kreise einen weiteren Kampf um ihr gutes Recht entbehren können.

Sinnstiftungsgläubiger-Schuldenverband für das Deutsche Reich.

Der Vorstand:
Gustav Kuhn, Administrator, Berlin W. 20.
Dr. phil. Jüdler, Schriftleiter, Berlin-Friedrichshagen.
Dr. Hobbe, Justizrat, Berlin W. 68.

Zerfallende Vergleiche

Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser schweren Übergangszeit, in der unsere Wirtschaft jetzt in eine allmähliche aber innerlich doch aus-schweifende Wiederbelebung ringt, treffen in manchen fleißigen Verdiensten aus jülicher Schicht unseres vielgeprüften Volkes besonders hart, so es doch er arbeitslos oder „abgehängt“ sich demütlich nach einer neuen Beschäftigung umsehen muß, sei es, daß die erhebliche Reduzierung seines bisherigen Gehaltes doch nur sehr mäßig abgebuhen Preis-niveau aus der geringsten Anpreisung auf eine normale Lebenshaltung unerschwinglich machen.

Es ist es nur zu verständlich, wenn die so Betroffenen keinen in gewissen Mäßen gen-angenehmen Vergleichs-Beziehungen zu den die hohen Auslandslohn in Beziehung zu der niedrig erscheinenden Entlohnung für gleiche Arbeit in unserem armen, unheimlich ungenügendem Vaterlande gebracht werden. Wie entsetzlich klingt es doch, wenn da fest-gestellt wird, daß der amerikanische Metallarbeiter etwa 30 Dollar — der deutsche dagegen kaum 30 Goldmark die Woche verdient. Die öffent-liche Spanne zwischen 120 Goldmark amerikanischen und 30 Goldmark deutschen Wochenlohn wirkt für den Laien gewiß ansehnlich und läßt ihn in der Verächtlichkeit der Beschäftigung die sich aus der Arbeitslosigkeit unsere Väter möglichst unter den Weltmarktpreis zu setzen ergebende Unmöglichkeit erheblicher Lohnerhöhungen ganz einseitig als ein Wandel der an möglichst hohen Verdienst inter-essierten Arbeitgeber einschlagen. Die Konkurrenz-fähigkeit jeder Ware — besonders aber der Pro-duktion in unserer schwierigen Lage — hängt nicht vom höchsten oder vom höchsten ab, dazu ist demartigen Betrachtungen gegenüber immer wieder festzustellen, daß man von einem einseitigen Lohn-niveau gar nicht sprechen kann. Eine vergleichende graphische Darstellung der von einem Maschinen-schlosser im April des Vorjahres in den verschiede-

nen Weltländern verdienten Lohnsätzen bietet hier nicht ein recht eindrucksvolles Beispiel.

Nicht zu vergessen ist auch, daß die Kaufkraft der einzelnen Währungen in den einzelnen Ländern durch-aus verschieden ist: was in Deutschland 1. B. eine Goldmark kostet, kostet in Amerika dieselbe einen Dollar, eine Erbscheinung, die in den natürlichen Grundlagen jeder Währung begründet ist, wo die geläufigste Geldeinheit den Preis bestimmt. Auf die große Wichtigkeit der internationalen Ver-gleichswährungen, die im Oktober 1923 1. B. in den Vereinigten Staaten 143 Proz., in Eng-land 175 Proz., in Frankreich 350 Proz., in den Niederlanden 173 Proz., in der Schweiz 162 Proz. der Vertriebskraft betragen, ist ein Beweis dafür, daß die Kaufkraft des einzelnen Lohnes im Aus-lande grundverschieden gewertet werden muß.

Wie wir es nicht erreichen, unter Einsatz unster-lingebenden und überflüssigen Arbeit soviel und so billig zu produzieren, wie unbedingt nötig ist, um unsere Wirtschaft auf dem Außenhandelsmarkt einigermassen wieder hoch zu bringen, ist es nach menschlicher Voraussicht nicht möglich, zu auch ein-ehrigem normalen Lohnsätzen zu gelangen. Dies haben auch bereits ein Großteil unseres werk-lätigen Volkes, nicht zuletzt auch einige weissen-ende und großzügige Arbeiterführer, sehr wohl ein-gesehen, so daß wir im Interesse aller Massen un-erer arbeitenden Volksgenossen jetzt wohl mit Recht auf eine absehbare Besserung unserer wirt-schaftlichen Lage und damit unser aller Lebenshal-tung hoffen dürfen.

Neues aus aller Welt

Eine wahre Geschichte. Einem New Yorker Herrn, der auf den nicht ungewöhnlichen Namen Smith hieß, war von einer gefälligen Nachbarin die Mitteilung geworden, daß seine Gattin mit einem anderen Herrn ein Kinobüro besucht habe. Von Eifersucht gepackt, eilte Herr Smith pers-önlich in das Theaterbüro und forderte kläglich von dem Direktor, ihm zur Auffindung der un-erwünschten Gattin seine Unterstützung zu leisten. Der Direktor, der um jeden Preis einen Skandal zu vermeiden wollte, trat daraufhin vor den Richter und richtete folgende Anrede an das Publikum:

„Wie ich here, befindet sich im Zuschauerraum ein Herr mit einer Dame, die die Gattin eines anderen ist. Ich möchte es vermeiden, die Dame zu konpromittieren und werde deshalb den Zeit für einige Minuten verdunkeln lassen, damit der Paar Gelegenheit erhält, heimlich und unabhä-nget das Theater verlassen zu können.“ Als das elektrische Licht wieder angebracht wurde, war die Gattin des Publikums aus dem Saal verschwunden.

Die heutigen Devisenkurse (nichtamtlich)

Dollar	4.400	Bilionen	Mark
englisches Pfund	19 000	"	"
holländ. Gulden	1.650	"	"
frz. Franc	200	Milliarden	"
belg. Franc	175	"	"
schweiz. Franc	750	"	"

Modernes Theater Diez a. L.
Hof von Holland

Nur morgen Dienstag abend 8 Uhr:

Der fliegende Holländer

I. und II. Teil nach dem Roman von Kapitän Marryat.
— 12 Akte. —

I. Teil: Der einäugige Stenermann

II. Teil: Die Erlösung

Um Jedem Gelegenheit zu geben, sich dieses wunderbare Filmwerk anzusehen, hat sich die Direktion entschlossen, den I. und II. Teil zusammen zu spielen.

Gutes Orchester. Gute Holzang.

Beinkrankel!

Krampielerleiden, Venen-erkrankung, Unterschenkel-schmerzen, Krämpfe, Schwellen, Kniegelenksentzündungen, Schmorren in den Hüften (Platt- und Senkbein), Rheu-matismus, Leichten behandelt rasch und mit Erfolg!

Dr. med. Dietz,
Spezialarzt für Beinkrankheiten, Ko. Lehr, Lehrstr. 12-14, Bg. Reg. u. Boonstraße.

Sprechstunden:
— Jeden Mittwoch von 1—4 Uhr.

Zu verkaufen:

Ein gebrauchtes Fahrrad. Ein neues Kind rathlo an den Kindern angepaßtes Ein Laufschiffchen. Freidiez, Ratweg 8.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu Bad Ems

am Donnerstag, den 14. Februar 1924 nachmittags 4 Uhr im Rathhaussaal.

Z Tagesordnung:

- A. Einführung eines Stadtverordneten.
- B. Beschlüsse des Magistrats:

 1. Wahl eines Magistratekzessenen.
 2. Uebernahme des Gastortes.
 3. Generalkonferenz-Verordnung für 1923.
 4. Gewerbesteuer nach der neuen Verordnungsung.
 5. Vergütungsgewerbesteuer-Verordnung.
 6. Finanzplan für 1. Januar bis 31. Januar 1924.
 7. Reorganisation des Polizeibienstes.

- C. Mitteilungen.

Die Akten liegen am Dienstag, den 12. und Mittwoch, den 13. Februar 1924 im Rathhaus — Zimmer Nr. 16, — zur Einsicht offen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ersucht eingeladen.

Bad Ems, den 9. Februar 1924.
Der Stadtverordnete-Vorstand: Magister.

Markt-Lichtspiele Diez

Freie Kertag abend 8 Uhr

Die graue Macht

5 Akte

Fohnay's Ferien

2 Akte

Das lebende Witzblatt

1 Akt. Mit Orchester.

Klavier

gutes Klavier zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter E 267 an die Geschäftsstelle.

Gleichstrom-Motor

Fab. Lammeyer Kupferw. 3 P.S., 1450 Umdrehung mit Anlasser, wenig gebraucht passend für Linsen Note Tur 110 Mark abzugeben.

Conrad Stockhause, D. Diez, Tel. 1069.

Bekanntmachung.

Jeder Besitzer eines Automobils oder eines Motorrades bedarf zur Benutzung einer besonders Genehmigun d r Kreisdelegation. In diesem Zwecke muß ein jährlicher Antrag an die Kreisdelegation ge-richtet werden, der über folgende Fragen An-sicht geben muß:

1. Art des Autos (Kraft- oder Motor).
2. Marke des Motors und seine Nummer.
3. Platznummer.
4. Name des Eigentümers.

Bad Ems, den 9. Februar 1924.
Die Polizei-Verwaltung

Mutterberatung Bad Ems.

Dienstag nachmittags von 2—4 Uhr in der Stei-schule: Sprechstunden der Fürsorgeschwester und Mutterberatung.

Brennholzverkauf.

Am Freitag, den 15. Februar d. J., ab nachmittags 11 Uhr vereinigen wir in Alledahl in der Wirtschaft von Anton Kamphoff ca. 1000 Kubikmeter Brennholz und Knüttelholz und einige Kubikmeter Eisenbahnholz.

Das Holz ist freigegeben und kann jederzeit so schneit werden. Das Holz liegt im Staatsdorf der Oberförsterei Diez, Schmalzberg Alledahl (Stein-steinbruch) Nr. 11, 18 und 19 an äußerster guter Abfahrt (Steinweg).

Die Verkaufsbedingungen werden im Termin be-kanntgegeben.

Holzverwertung G. m. b. H. Lindberg an der Bahn.

Maschinenpulver

P 3 und Rassol

tausendfach bewährt, empfiehlt

Drogerie Berninger, Diez.

Umstärker zu verkaufen:

- 2 Betten mit Sprungrahmen und Robbaum-matratzen (fast neu).
- 1 Waschtisch, mit Marmor- u. Spiegel-aufsatz.
- 1 Nachttischchen mit Marmor.
- 1 grosses Kinder-drahtbett mit Ma-tratze.
- Ein Regulator und Verschiedenes.

Diez, Koblenzstr. 11

Kartoffelverkauf.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß Be-zugscheine für Kartoffeln jeden Montag und Donnerstag von 8—12 Uhr auf Zimmer Nr. 1 im Rathhaus erhältlich sind. Die Ausgabe der Kar-toffeln erfolgt jeden Dienstag und Freitag, nach-mittags von 2—5 Uhr.

Es können nur noch angelegene Kartoffeln zum Verkauf.

Bad Ems, den 11. Februar 1924.
Der Magistrat.

Geschäftsraum

ist anderweitig zu ver-mieten.

Darmstädter Hof, Bad Ems.

Zweizimmer-Wohnung

mit Kuchenschub, evtl. kann eine Person mit verplogt werden.

Offerten unter E. 199 an die Geschäftsstelle.